

2012-03-12

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sondersitzung des Haupt- und Personalausschusses zum Haushalt 2012
am 01.12.2011

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 17:55 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Kolze, Jens

Fraktion der SPD

Eichelberg, Ingolf

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Weber, Ralf-Peter Dr.

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Bönecke, Matthias

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen Dr.

Verwaltung

Hantusch, Joachim Beigeordneter für
Wirtschaft und Städten

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Koschig, Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses und **Herr Bönecke**, Vorsitzender des Finanzausschusses, stellten die ordnungs- und fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses und des Finanzausschusses mit derzeit jeweils 7 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Frau Beigeordnete Nußbeck verwies zunächst auf die ausgereichte Informationsvorlage DR/IV 066/2011, welche im Tagesordnungspunkt 3 - Anfragen und Informationen - erörtert werden soll. Das fand allgemeine Zustimmung. Die Tagesordnung wurde in ergänzter Form beschlossen.

Abstimmungsergebnisse:

Finanzausschuss: 7: 0:0

Haupt- und Personalausschuss: 8: 0:0

3. Öffentliche Anfragen und Informationen der Stadträte und der Verwaltung

Zunächst stellte **Frau Lütje** die Frage nach den Einsparungen im Jugendhilfebereich bspw. durch die Personalkosten in den Kindereinrichtungen. **Frau Nußbeck** legte dar, dass die Überleitung der Kindertagesstätten in den Eigenbetrieb schon im Jahr 2010 erfolgte. Insofern gebe es dahingehend keine Veränderungen. Der Eigenbetrieb DeKiTa sei vollständig im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes abgebildet, nur die Zuschüsse seien noch in unserem Haushalt dargestellt. Natürlich habe auch der Eigenbetrieb DeKiTa die Tarifsteigerungen zu planen, was sich in unserem Haushaltsplan in der Zuschusserhöhung an den Eigenbetrieb abbildet. Stelleneinsparungen des Eigenbetriebes werden nicht mehr ausgewiesen. Man habe eine Senkung bei den Jugendhilfekosten, aber das seien reine Sachleistungen, die im Vorbericht mit ca. 200 T€ ausgewiesen sind, was aber Einsparungen durch die geänderte Rechtslage sind.

Frau Lütje bezog sich weiterhin auf den im Haushaltskonsolidierungskonzept dargestellten Prüfauftrag „Reduzierung Zuschüsse für Einrichtungen in der Jugendarbeit“ in Höhe von 30.900 €. Über diesen Prüfauftrag müsse im Jugendhilfeausschuss entschieden werden, erwiderte **Frau Nußbeck**. Zur Frage von Frau Lütje, wie mit den im letzten Jahr beschlossenen 100 T€ verfahren wurde, verwies **Frau Wirth** auf die Erläuterungen der Seite 1.409 des Haushaltskonsolidierungskonzeptes. Mit der letzten Beschlussfassung sei das modifiziert und in das Jahr 2012 übernommen worden.

Sich auf die Seite 1.124 beziehend fragte **Frau Lütje**, um welche Stellen es sich z. B. in den Grundschulen Friederikenstraße und Meinsdorf handelt. Das betreffe ausschließlich Schulsekretärinnen- oder Hausmeisterstellen, erwiderte **Frau Nußbeck**. Lehrer seien Landesbedienstete und somit nicht in unserem Personalbestand enthalten. Keine Einsparungen gebe es bei den Erziehern, da hier der Betreuungsschlüssel einzuhalten ist. Allerdings seien durch Alterszeitverträge erhebliche Abgänge zu verzeichnen. Diese Stellen wurden nicht mehr in den Eigenbetrieb übergeleitet, sondern werden bei uns bis zum Ende der Freizeitphase ausgewiesen. Dann werden die Stellen gestrichen.

Frau Lütje stellte fest, dass nur Einsparungen in Höhe von 30 T€ im Jugendhilfebereich geplant sind. **Frau Nußbeck** führte aus, im Haushaltskonsolidierungskonzept sei der Prüfauftrag bereits seit 2011 Beschlusslage und müsse noch untersetzt werden.

Frau Lütje erwiderte, im Jugendhilfeunterausschuss wurde die Jugendhilfeteilplanung besprochen und erklärt, dass die Vorlage bis März in den Stadtrat eingereicht werden soll. Sie fragte, bis wann das konsolidiert wird. Bis Ende des Jahres, entgegnete **Frau**

Nußbeck. Herr Dr. Raschpichler ergänzte, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung aufgrund der Vorgaben und der beschlossenen Konsolidierungsvorschläge die Jugendhilfeplanung bearbeitet hat und konkrete Handlungsempfehlungen enthalten sind. Diese werden zur Beschlussfassung in der Sitzung des Stadtrates im März eingereicht. Nicht jeder Prüfauftrag könne 1:1 in die Konsolidierung einfließen, deshalb müsse man abwarten, wie sich die Beratung zum Jugendhilfeplan entwickelt.

3.1. DR/IV/066/2011/II-20 - Stand der Umsetzung des Haushaltsplanes im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zum 31. Oktober 2011

Frau Wirth erläuterte die ausgereichte Informationsvorlage. Sie verwies zunächst auf die Seite 1 und machte bei Einnahmen im Verwaltungshaushalt auf einige erfreuliche Entwicklungen aufmerksam.

- Bei der Gewerbesteuer wurden 19,7 Mio. € geplant, derzeit betragen diese 27 Mio. €.
- Beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer sind 17,4 Mio. € geplant und wir sind bei 18,9 Mio. €.
- In der Gruppe 19 finde man 5,6 Mio. € Einnahmen aus Hartz IV geplant und habe in der Erfüllung 7,8 Mio. €, was die zusätzliche Zuweisung im Zuge der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes sei.
- Eingehend auf die Ausgabenseite (S. 2 der Vorlage) sehe man die Leistungen nach Hartz IV im Oktober 2011 mit 21 Mio. € Geplant waren 23, 9 Mio. €.
- Auch dargestellt sind die Sozialleistungen, die mit 5,7 Mio. € geplant, aber bereits 5,5 Mio. € erreicht haben. Auch hier werde deutlich, dass durch das Ausgabependand zum Bildungs- und Teilhabepaket entsprechend mehr Ausgaben zu leisten sind.

Insgesamt erreiche man ein deutlich besseres Ergebnis als vorhergeschaut wurde. Im Jahr 2011 habe man 27,2 Mio. € Defizit geplant, davon etwa 7,2 Mio. € laufendes Defizit. Wenn sich ausgabeseitig und einnahmeseitig nicht noch gravierende Dinge ergeben, könne unter optimistischer Vorausschau eintreten, dass man kein laufendes Defizit erreichen werde. Es bleiben aber 40,2 Mio. € Defizitvortrag aus den Jahren 2009 und 2010, die noch abzudecken sind. Mit dem heute vorliegenden geänderten Verwaltungshaushalt 2012 erzeuge man ein neues laufendes Defizit von 5,8 Mio. €, so dass man trotz allem über ein noch abzutragendes Defizit von rund 46 Mio. € spreche.

Der Vermögenshaushalt selbst finde erstmals unter der reduzierten Investitionshilfe statt, fuhr **Frau Wirth** fort. Auf der Ausgabenseite habe man gerade bei den Baumaßnahmen im Vergleich zu den Vorjahren schon eine sehr gute Erfüllung erreicht. Man liege hier in der Umsetzung bereits bei 95,9 %. Dieser Spitzenwert habe auch damit zu tun, dass man im Zuge von KP II eine Fülle von Maßnahmen umzusetzen hatte, die natürlich zwingend zum Jahresende kassenwirksam werden. Es habe aber vor allem mit dem deutlich reduzierten Volumen des Vermögenshaushaltes zu tun.

Zur Aufteilung der Kosten für die einzelnen Ortschaften habe er eine Übersicht ohne die Ortschaft Rodleben erhalten, aber 2011 exorbitant Meinsdorf und das gleiche auch 2012, stellte **Herr Pätzold** seiner Frage voran, was sich dahinter verbirgt. Grundlage für die Aufteilung seien seiner Meinung nach immer die Einwohner.

Herr Schwarzbach, Leiter des Amtes 12, erklärte, es gebe generell Unterschiede bei den Ortschaften. Im Stadtrat wurde vor 2 Jahren die Budgetierung beschlossen. Hier könne man nachlesen, dass Brambach, Meinsdorf und Rodleben die Gebietsänderungsverträge zur Grundlage nehmen mussten. Die anderen Ortschaften bilanzieren sich nach dem Einwohnerschlüssel. Meinsdorf habe im Zusammenhang mit dem Gebietsänderungsvertrag von Roßlau ausgehandelt, dass sie nach einem festgelegten Einwohnerschlüssel jährlich eine Summe für Verwaltungsaufgaben zur Verfügung haben. Dieser Einwohnerschlüssel wurde bei den anderen Ortschaften nicht angesetzt.

Die ehemaligen Gemeinden

Rodleben und Brambach haben ihr eigenes Budget, was auch im Haushalt abgebildet ist, ergänzte **Frau Nußbeck**. Das betreffe auch Mühlstedt und Streetz, also alle Ortschaften, die mit der Gemeinde Roßlau mitgekommen sind. Diese hatten Gebietsänderungsverträge von Roßlau, die fortgegolten haben. Damals waren 7,50 € pro Einwohner als Zuschuss für Arbeit vor Ort vereinbart.

Herr Giese-Rehm bat darum, dass die Grundlagen den Fraktionen zugearbeitet werden. **Herr Schönemann** bat um Übergabe der entsprechenden Verträge.

4. Öffentliche Beschlussfassungen und Informationsvorlagen

4.1. Genehmigung des Antrages auf Bereitstellung einer überplanmäßigen Ausgabe zum Defizitausgleich des Eigenbetriebes DeKiTa (DR/BV/432/2011/V-51 - nur für den Finanzausschuss)

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes erfolgte nur durch den Ausschuss für Finanzen.

4.2. Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für außerordentliche Tilgung von Krediten vom Kreditmarkt in Höhe von 1.710.863,91 EUR und einer außerplanmäßigen Ausgabe für Umschuldung von Krediten vom Kreditmarkt in Höhe von 3.992.015,79 EUR Vorlage: DR/BV/427/2011/II-20

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 10:00:00
Ausschuss für Finanzen: 09:00:00

4.3. Haushaltssatzung 2012 Haushaltsplan 2012 Finanzplan 2012 Stellenplan 2012 Vorlage: DR/BV/379/2011/II-20

Frau Nußbeck ging nach Beratung der Änderungen zum Haushalt auf die Gesamtvorlage ein und stellte die Frage, ob inhaltlich dem Haushalt zugestimmt werden könne.

Herr Schönemann erklärte, er habe bis auf die Anmerkungen ergänzender Natur des jetzigen Sachstandes zur inhaltlichen Qualität keine Anmerkung oder Kritik getätigt. In der Sache könne der Vorlage zugestimmt werden.

Frau Nußbeck bat um Abstimmung zur Gesamtvorlage.

Die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses sprachen sich mehrheitlich für die Vorlage aus (07:02:01).

Herr Bönecke stellte fest, dass sich die Abstimmung für die Mitglieder des Finanzausschusses erübrigt hat.

4.3.1. Änderungsliste zum Vermögenshaushalt 2012 sowie zum mittelfristigen Investitionsprogramm **Vorlage: DR/BV/434/2011/II-20**

Frau Nußbeck verwies auf die am 23.11.2011 ausgereichte und ausgiebig erläuterte Änderungsliste. Sie bat um Fragen und etwaige Änderungsanträge.

Herr Schönemann legte dar, die Fraktion ist zu der Erkenntnis gekommen, dass die Haushaltsplanung 2012 aufgrund der nicht vorhandenen Beschlusslage des Landes auf Annahmen basiert. Das sei sicherlich normal, andererseits hatte man aber schon in der Diskussion angemerkt, dass man bezüglich der Konsolidierung des Theaters deutlichere Arbeitsansätze für das Jahr 2012 sehen wolle. Aus diesem Grund stelle er den **Antrag**, den Haushalt nach der Landesentscheidung und nach Vorliegen erster Arbeitsansätze in Richtung Theater zu beschließen.

Frau Nußbeck stellte fest, dass der jetzt zur Beratung stehende Vermögenshaushalt nichts mit der Haushaltskonsolidierung zu tun hat, denn es sei lediglich der Entwurf des FAG abgebildet, was noch nicht Beschlusslage sei. In der Haushaltsplanung wurde immer mit Orientierungszahlen gearbeitet. Sie könne bezüglich des Vermögenshaushaltes nicht nachvollziehen, was Herr Schönemann konkret wolle.

Die Frage von Frau Nußbeck, ob der Haushalt zurückgestellt werden soll, bejahte Herr Schönemann.

Daraufhin erläuterte **Frau Nußbeck**, man beschließe jetzt Teile in Korrektur der bisherigen Entwürfe und ziehe am Ende den Haushalt zusammen in Vermögens- und Investitionshaushalt mit Konsolidierung. Heute werde nur die Arbeitsrichtung bestätigt, dass der Haushalt so am 14.12.2011 zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Für den Haushalt 2012 hat der Konsolidierungsbeschluss Theater noch keine Auswirkung, aber für das Konsolidierungskonzept. Zwar habe Frau Nußbeck Verständnis dafür, dass damit Arbeitsaufträge verbunden werden, aber sie könne nicht nachvollziehen, weshalb der Haushalt 2012 zurückgestellt werden soll.

Man wünsche sich mehr Verbindlichkeiten, entgegnete **Herr Schönemann**. Die Fraktion habe dazu eine andere Auffassung. Der Schwerpunkt sei u. a. auch der Konsolidie-

rungsansatz Theater, weil man den Eindruck habe, dass manche Dinge geschoben werden. Es sei nötig, dort konstruktive Ansätze zu zeigen, wie mit dem Thema umgegangen wird. Im Augenblick sehe er in der Diskussion keine klaren Antworten auf die gestellten Fragen.

Es sei nicht das erste Mal, dass das Land Sachsen-Anhalt zum Jahresende keinen Haushalt vorlegen kann, erklärte **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Dennoch habe der Stadtrat, unter Berücksichtigung der vorliegenden Entwürfe, einen Haushalt beschlossen. Er halte es für unverantwortlich, nur wegen des Themas Theaterfinanzierung, mit der man sich im nächsten Jahr intensiv beschäftigen müsse, den gesamten Haushalt auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Man wisse nicht, wann der Landtag den Doppelhaushalt beschließen wird, deshalb sollte der in diesem Jahr erreichte Vorsprung genutzt werden, um am Ende des Jahres einen Haushalt beschließen zu können. Diesen Vorteil sollte man sich an der Stelle nicht nehmen lassen.

Der Antrag bleibe bestehen, bemerkte **Herr Schönemann**.

Herr Bönecke führte aus, worauf Herr Schönemann hinsichtlich des Theaters hinaus wolle sei, dass neben der noch nicht unternommenen Haushaltskonsolidierung weiterhin der Worst Case vor dem Hintergrund der anstehenden Tarifverhandlungen im Theater abgebildet ist, wofür es für die damit verbundenen Steigerungen noch kein Konzept gibt. Damit bestehe ein weiterer Unsicherheitsfaktor. Darüber hinaus hat das Landesverwaltungsamt angemahnt, diese Konsolidierung zu unternehmen, was mit heutigem Stand noch nicht soweit erfolgt ist, dass man gegenüber dem Landesverwaltungsamt nachvollziehbar sagen könnte, da sei man ernsthaft auf dem Weg.

Sie habe volles Verständnis, dass an dem Konsolidierungskonzept dieser konkrete Auftrag geknüpft wird, weil das erfolgen müsse, erklärte **Frau Nußbeck**. Für den Haushalt 2012 habe dieser Konsolidierungsvorschlag noch keine Wirkung. Jedoch müsse diesbezüglich etwas im nächsten Jahr passieren.

Herr Ehm verwies auf die Wichtigkeit des Haushaltes für die örtliche Wirtschaft. Insofern sollte der Haushalt beschlossen und der Antrag zurückgewiesen werden.

Der **Antrag auf Vertagung des Beschlusses zum Haushalt**, der Haushaltssatzung 2012 bis zur **Beschlussfassung des Landshaushaltes und dem Vorliegen der ersten konkreten Ansätze zur Theaterfinanzierung** wurde zur Abstimmung gebracht.

Die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses sprachen sich **gegen** diesen Antrag aus (04:05:01).

Die Mitglieder des **Finanzausschusses** stimmten **für den Antrag** (05:04:00).

Herr Rumpf bezog sich auf den angenommenen Antrag der Mitglieder des Finanzausschusses, und verwies darauf, dass eine weitere Beratung nur durch die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses erforderlich sei. Er dankte den Stadträten, die private Gefechte politisch austragen und das Wohl der Stadt immer weiter nach hinten stellen.

Solche Unterstellungen sei man gewöhnt, erwiderte **Herr Schönemann**. Andere Meinungen sollten akzeptiert werden, da man in einer Demokratie damit leben müsse.

Herr Oberbürgermeister Koschig stellte fest, der Haupt- und Personalausschuss hat beschlossen, sich weiter mit dem Haushalt zu beschäftigen und ist der Auffassung, dass der Haushalt in diesem Jahr beschlossen werden sollte. Der Finanzausschuss hingegen habe das abgelehnt. Insofern stelle sich die Frage, inwieweit sich die Mitglieder des Finanzausschusses an der weiteren Diskussion beteiligen wollen.

Die Frage der Beteiligung an der Diskussion stelle sich nicht, stellte **Herr Bönecke** fest.

Was die Vorlage für den Stadtrat betreffe, stehe bezüglich der Priorität dem gemeinschaftlichen Ausschuss eine Mehrbedeutung zu, brachte **Herr Schönemann** zum Ausdruck. Der Haupt- und Personalausschuss sei richtungsweisend, der Fachausschuss habe seine Bedenken geäußert, was zur Kenntnis zu nehmen ist.

Zur Vorlage - Änderungsliste zum Vermögenshaushalt - kommend, verwies **Herr Kleinschmidt** darauf, den Unterschied zwischen den Seiten 1 bis 4 nicht erkennen zu können, da alle die gleiche Überschrift, aber unterschiedliche Zahlen haben.

Auf den Seiten 1 und 2 werden nur die Veränderungen aufgeführt und auf den folgenden Seiten 3 und 4 die neu geänderten Haushaltsansätze, die tatsächlich im Haushalt stehen, entgegnete **Frau Nußbeck**.

Herr Kleinschmidt bezog sich auf die letzte Position der Seite 3 – Erschließung Hagenbreite und verwies auf die in 2012 eingestellten Eigenmittel in Höhe von 474 T€. Er stellte die Frage, ob die Mittel nicht aus den Erschließungsbeiträgen kommen.

In Beantwortung legte **Frau Wirth** dar, dass 30 T€ als Eigenmittel dazu gekommen sind. Die Gesamtsumme in Höhe von 474 T€ werde über die Erschließungsbeiträge finanziert. Diese seien allerdings im Vergleich zum ausgereichten Entwurf geändert worden. Insofern erscheine es hier etwas widersprüchlich.

Frau Ehlert bemerkte, es verschiebe sich nicht nur der Ausbau von Mosigkau in Richtung EDEKA, sondern auch die Mannheimer Straße zeitlich nach hinten. Es wurde schon einmal suggeriert, wie wichtig der Ausbau der Mannheimer Straße ist. Genau diese Straßenführungen haben durch die dauernden Umleitungen aus dem Landkreis Köthen mehr als gelitten.

Herr Schmieder, Leiter des Amtes 60, erklärte, das Vorhaben Mannheimer Straße könne man nur mit Fördermitteln machen, wofür Anträge über das Entflechtungsgesetz zu stellen sind. Diese Anträge wurden gestellt, aber es gebe immer nur beschränkte Mittel.

Im Moment brauche man alle im Entflechtungsgesetz bewilligten und die nächsten potentiell zu bewilligenden Fördermittel für die Projekte Ostrandstraße und Muldebrücke. Erst wenn der Fördertopf Entflechtungsgesetz wieder Luft hat, könnte die Mannheimerstraße eine Rolle spielen. Bis dahin müsse versucht werden, die Straße über den Unterhalt zu halten.

Abschließend dankte **Herr Pätzold** für den eingegangenen Zuschuss für das Vereinshaus Kochstedt und die Briefkastenanlage für das Rathaus.

Die Änderungsliste wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 7:1:2

Finanzausschuss: 6:1:2

**4.3.2. Änderungsliste zum Verwaltungshaushalt 2012 sowie zum Finanzplan
Vorlage: DR/BV/435/2011/II-20**

Frau Nußbeck erläuterte die am 28.11.2011 zugesandte Beschlussvorlage „Änderungsliste zum Verwaltungshaushalt“ und verwies zunächst auf die Begründung. Die Einnahmen im Entwurf vom 26.10.2011 betragen 171.548.300 € und wurden noch einmal um 2.914.600 € erhöht. Die Ausgaben im Entwurf betragen 200.204.800 € und haben sich um 256.300 € erhöht, so dass sich der Fehlbedarf um 2.658.300 € reduziert hat, was ausschließlich das strukturelle Defizit sei, was 8.463.000 € betrage und nunmehr mit 5.804.700 € ausgewiesen wird. Das bedeutet, dass das strukturelle Defizit 2012 nach diesem Entwurf unter dem des Jahres 2011 liegt.

Die wesentlichen Gründe für diese Verbesserung des Haushaltes seien im Wesentlichen die

- Konkretisierung der Orientierungsdaten des Landes,
- Konkretisierung der Angaben zu den Gemeindeanteilen an den Steuern,
- Anpassungen, die sich aus den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe ergeben,
- Überleitung der Grünpflege aus dem Dezernat VI in den Eigenbetrieb Stadtpflege,
- Änderung der Straßenreinigungssatzung sowie kleinere Änderungen, die in der Liste dargestellt sind.

Frau Wirth erläuterte die in der Anlage 2 dargestellte Zusammenstellung der Änderungen des Verwaltungshaushaltes.

In der sich anschließenden Diskussion fragte **Herr Giese-Rehm**, ob sich die Erhöhung der Konzessionsabgaben an den derzeitigen Ergebnissen nachvollziehen lassen. Das wurde von **Frau Wirth** bestätigt.

Weiterhin stellte **Herr Giese-Rehm** die Frage, ob die Ausgabenerhöhung für die bauliche Unterhaltung des Stadtarchivs zur Ertüchtigung des Standortes Schlossplatz 4/5 zur Erweiterung der Magazinkapazität dringend notwendig sei. Für ihn sei das kontraproduktiv.

Herr Bekierz, Leiter des Amtes 65, verwies darauf, dass ein dringender Bedarf für das Stadtarchiv bestehe. Es sei nicht denkbar, dass das Archiv in Kisten auf irgendwelchen Gängen herumsteht, sondern es müsse ein ständiger Zugriff gewährleistet sein. Im untersten Geschoss des Gebäudes Schlossplatz 4/5 sind rund die Hälfte der Unterlagen des Stadtarchivs auf engstem Raum und mit einem damaligen geringen Kostenaufwand (30 T€) untergebracht. Mit den hier genannten Kosten könne man mittelfristig, mindes-

tens für die nächsten 10 Jahre absichern, dass das Stadtarchiv solange funktioniert, bis es eine endgültige Lösung dafür gibt. Ein großer Teil der Kosten werde für Regale und Sicherheitstechnik verwendet, so dass es keinen verlorenen Aufwand gibt. Anders sei es bei etwa der Hälfte der Kosten für die baulichen Aufwendungen. Wenn man das für die Zeit von 5 – 10 Jahren aufrechnet und wisse, dass uns Größenordnungen von 8-12 Mio. € fehlen, um ein entsprechendes Gebäude herzurichten, dann falle ihm keine bessere Lösung ein. Wenn es über den Stadtumbau möglich ist, wolle man daran festhalten, den Südflügel wegzunehmen, welcher hauptsächlich das städtebauliche Thema ist. Ein geringeres Problem stelle der Nordflügel dar, weil er hinter den Wohngebäuden versteckt ist und deshalb mit einigen Jahren Verzögerung im Nachgang weggenommen werden könnte.

Frau Ehlert bemerkte, positiv sei, dass nach der Planung eine neue Variante für den Verein „Die Brücke“ geschaffen wurde, denn es seien Einnahmeerhöhungen enthalten.

Sie bat im Weiteren um Aussagen

- zu den Ursachen der Deckensanierung im Dessauer Rathaus,
- zur Verpachtung des Kornhauses und
- zum Regionalen Bauernmarkt

Abschließend sprach sich Frau Ehlert, auch im Sinne behinderter Menschen, für den Neubau des Fahrstuhls aus.

Auf die Anfrage **Deckensanierung** eingehend, verwies **Herr Bekierz**, auf einen Vorfall in einem Arbeitsraum, in dem sich ein großer Teil Putz von der Decke gelöst und heruntergestürzt war. Zu Personenschäden kam es nicht, da der Bearbeiter nicht im Zimmer war. In einem engen Raster habe man sämtliche Decken des Rathausaltbaus auf Putzschäden abgeklopft und festgestellt, dass es eine Reihe von Räumen gibt, bei denen ähnliche Gefährdungen bestanden. Diese wurden umgehend außer Betrieb genommen und begonnen, den Putz herunterzunehmen in der Hoffnung, dass es damit erledigt ist. Dann traten in diesen Räumen, wo der Putz saniert werden sollte, Risse in den Decken zu Tage. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, dass das Deckensystem suboptimal ist. Es sei aber gelungen, statische Nachweise zu führen, dass es unter reduzierten Lasten, die sichergestellt sind, so zulässig ist und funktioniert. Man müsse dort, wo diese ohnehin sehr knapp nachzuweisenden Decken Risse aufweisen, die Deckenfelder erneuern. Damit wurde begonnen. Jetzt bestehe das Problem, dass man die Kosten schlecht einschätzen könne. Man habe eine genaue Kartierung von Putzschäden. Insgesamt seien 43 Räume betroffen. Die wichtigsten wurden außer Betrieb genommen. Man müsse aber alle 43 Räume begutachten und wisse nicht, wie oft man solche Risse vorfinden werde, so dass man ein relativ großes Potential habe, was an Kosten auf uns zukommen könne. Aufgrund der dahinter steckenden Gefährdung sehe er keine andere Möglichkeit, als das komplett abzarbeiten.

Zum Thema **Kornhaus** führte **Herr Bekierz** aus, die Einnahmen wurden eingestellt als noch nicht bekannt war, dass der Pächter abspringt. Man sollte überdenken, ob das noch einen Einfluss habe, dass statt 6 möglicherweise nur mit 3 Monaten Miete gerechnet werden könnte. Andererseits sei das nicht der Betrag, der den Haushalt infrage stellt. Das könnte unterjährig korrigiert werden, was sein Vorschlag wäre. Sie wollte daran nichts ändern, sondern nur den aktuellen Stand wissen, erwiderte **Frau Ehlert**.

Es werde davon ausgegangen, dass das Kornhaus spätestens April oder Mai in Betrieb genommen wird, erklärte **Herr Bekierz**.

Zum **Shipshap** bemerkte **Herr Bekierz**, dass eine Reparatur wirtschaftlicher Nonsens wäre, weshalb nur ein vollständiger Neubau des Fahrstuhls in Betracht komme. Erfolgt dieser nicht, werde der Aufzug zum 31.12.11 außer Betrieb genommen und erst nach erfolgter Reparatur wieder betrieben.

Herr Giese-Rehm erinnerte an die Diskussionen im letzten Jahr, in denen bereits die Dringlichkeit dargelegt wurde und auch, dass man den Fahrstuhl ansonsten nicht mehr betreiben könne. Dieser sei aber immer noch in Betrieb. Bezüglich der Aussage, eine Leistungserhöhung mit dem Fahrstuhl erreichen zu wollen, legte er dar, wenn er verschlissen ist, gehöre er abgeschrieben und im Vermögenshaushalt neu geplant. Er fragte, warum das nach wie vor im Verwaltungshaushalt stehe.

Der Fahrstuhl sei im Verwaltungshaushalt dargestellt, weil schrittweise das doppelte Rechnungswesen eingeführt wird und damit der Fahrstuhl Gebäudebestandteil ist, erwiderte **Frau Wirth**. Als Gebäudebestandteil bestehe eine Nutzungsdauer von 80 Jahren. Innerhalb dieser Nutzungsdauer gehöre es zu den regulären Unterhaltungsmaßnahmen, dass einzelne Teile, wie Heizung und Fenster, zu erneuern sind. Die Erneuerung des Fahrstuhls diene dazu, das Gebäude weiterhin in einem betriebsbereiten Zustand zu erhalten. Es handele sich um keine Investition, da dort, wo ein Fahrstuhl war, wieder einer hin kommt und nicht für sich allein betrachtet werden könne.

Ergänzend führte **Herr Bekierz** aus, dass der Fahrstuhl über eine Ausnahmegenehmigung unter ständiger Kontrolle des TÜVs fast ein halbes Jahr noch betrieben wurde. Nachdem sich aber gezeigt hat, dass die Reparaturkosten zu hoch sind und wir nicht reparieren, sei nur noch eine Genehmigung für eine reduzierte Inbetriebnahme erteilt worden. Momentan werde der Fahrstuhl nur noch an zwei Tagen betrieben, d. h. der Verschleiß musste weiter reduziert werden. Wenn keine Reparatur und eine ständige Kontrolle während des Betriebes erfolgt, ist eine weitere Betriebserlaubnis undenkbar. Zu Rate gezogene Aufzugsspezialisten haben gesagt, dass in der Gesamtbetrachtung eine durchaus preiswerte, aber ungünstige Variante beim Bau dieses Aufzuges gewählt worden ist. Herr Bekierz gehe davon aus, dass die einzubauende Anlage vom System her vollständig anders funktioniert und solange halte, wie man es von einer guten Aufzugsanlage erwarten darf.

Auf die Frage von **Herrn Maloszyk** zur Nutzungsdauer ähnlicher Anlagen, erklärte **Herr Bekierz**, dass diese etwa 25 Jahre betrage. Herr Maloszyk brachte sein Unverständnis zum Ausdruck, wie so etwas in ein öffentliches Gebäude eingebaut werden kann. Dies dürfe nicht noch einmal passieren, weshalb die Firma, die den Zuschlag erhält, entsprechend ausgewählt werden müsse.

Auf die Pachteinnahmen des Kornhauses bezog sich **Herr Ehm**. Diese sollten als Anreiz für alle Beteiligten beibehalten werden, damit eine Öffnung spätestens im zweiten Halbjahr möglich ist.

Zur Frage Planung des **Regionalen Bauernmarktes** erklärte **Herr Schmieder, Leiter des Amtes 60**, dass dieser Titel in der Änderungsliste mit dem Ergebnis 0 stehe, habe

man der Nachfrage von Herrn Dr. Weber zu verdanken, denn ursprünglich waren diese Einnahmen geplant. Der Regionale Bauernmarkt sei nicht neu, sondern ein über mehrere Jahre stattfindendes Projekt. Es werde vom Umweltamt betreut, aber über einen Marktbetreiber abgewickelt. Aufgrund der Kündigung des Vertrages erfolgte vorsorglich wieder eine Einstellung in den Haushalt, aber es wäre ohnehin nur ein Durchlaufposten gewesen. Inhaltlich werde es nach wie vor vom Umweltamt betreut.

Der Haupt- und Personalausschuss sowie der Finanzausschuss stimmten der Änderungsliste zu.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 09:00:01

Finanzausschuss: 08:00:01

4.3.3. Fünfter Beteiligungsbericht der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/IV/067/2011/II-20

Herr Kleinschmidt ging auf die auf der Seite 9 dargestellte Personalentwicklung zur Abnahme der Arbeitskräfte in der Verwaltung und Zunahme über Beteiligungen ein und erklärte, dass der Eigenbetrieb DeKiTa wahrscheinlich hälftig genommen wurde. Das wurde von **Frau Nußbeck** bestätigt.

Der Beteiligungsbericht wurde zur Kenntnis genommen.

4.4. Haushaltskonsolidierungskonzept 2012 und Folgejahre Vorlage: DR/BV/381/2011/II-20

Herr Schönemann brachte zum Ausdruck, dass seine Fraktion dem Haushaltskonsolidierungskonzept nicht zustimmen werde.

Es werde zu wenig konsolidiert, vor allem was die Personalkosten betreffe, stellte **Herr Dreibrodt** fest. Nach wie vor werde mit Altersteilzeit und solchen kleinen Elementen am Stellenplan gebastelt, aber am demokratischen Faktor, am Umbau der Verwaltung und dem notwendigen Personalabbau werde nicht wirklich gearbeitet. Es reiche nicht, Stellen durch die Bildung eines Eigenbetriebes DeKiTa abzubauen, wenn die Personalkosten nicht wirklich wirksam gesenkt werden. Deshalb werde die SPD-Fraktion dem Haushaltskonsolidierungskonzept nicht zustimmen.

Richtigstellend entgegnete **Frau Nußbeck**, dass die Personalkosten bis zum Jahr 2018 und zwar nicht durch die Ausgliederung, sondern durch den absoluten Stellenabbau in einer Größenordnung von 217 Stellen sinken.

Die Mitglieder des Finanzausschusses nahmen an der Abstimmung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes nicht teil.

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte dem Haushaltskonsolidierungskonzept mehrheitlich zu.

Der öffentliche Teil wurde beendet und **Nichtöffentlichkeit** hergestellt.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 5:04:01

6. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde beendet.

Dessau-Roßlau, 12.04.12

Oberbürgermeister Klemens Koschig
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schriftführer